

## Politisches Engagement: BdSt LV Rheinland-Pfalz

Dieser Landesverband des Bund der Steuerzahler verfolgt den gleichen, durch das Attac-Urteil sehr eng gefassten Zweck der Förderung des demokratischen Staatswesens, wie der Bundesverband, und wäre daher für eine weitere Betrachtung seiner Gemeinnützigkeitskonformität geeignet. Das Briefing umfasst die Satzung im Wortlaut und Beispiele für die politische Betätigung aus den sozialen Medien, Pressemitteilungen und der Regional-/Lokalpresse.

### Social Media

[https://www.facebook.com/bdstrlp/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/bdstrlp/?locale=de_DE)

#### Post vom 1.09.23:

Der #Bund übernimmt sich mit #Subventionsrekord und auch EU-weit ist #Deutschland Subventions-Europameister. Eine verbindliche #Subventionsbremse fordert deshalb der #BdSt, "um die angespannte #Finanzlage des Bundes nicht weiter zu verschärfen und die #Schuldenbremse zu wahren".

#### Post vom 23.08.23:

#Deutschland hat aufgrund #hoher #Steuern und #Abgaben den #höchsten #Strompreis unter den #Industrieländern. Dass das ein knallharter #Wettbewerbsnachteil ist und mit zur #Deindustrialisierung führt, hat sich mittlerweile selbst in Teilen der #SPD und #Grünen herumgesprochen. Deswegen wird ein #subventionierter #Industriestrompreis diskutiert. Dafür spricht sich nun auch Malu #Dreyer, #Ministerpräsidentin von #Rheinland-#Pfalz aus.

Doch wäre es nicht fairer, wenn die künstliche #Verteuerungspolitik auf #Strom für #Alle beendet wird? Was soll daran fair, ökologisch und sozial gerecht sein, wenn z.B. eine #Familie weiterhin teuren Strom bezahlen und mit ihren Steuern zudem noch günstigen Strom für einen Konzern wie #BASF mitfinanzieren soll? Ob Frau Dreyer darauf eine Antwort hat? 🤔

#### Post vom 21.08.23:

Neuer Zoff in der #Ampel-#Koalition - dieses Mal um neue #Schuldenrickereien. So will #Grünen-#Vorsitzende #Ricarda #Lang staatliche #Investitionsgesellschaften gründen lassen, die dann am #Bundeshaushalt vorbei Kredite aufnehmen sollen. Aus Reihen der #FDP gab es sofort starke Kritik an diesem Plan: "Es wird mit der FDP keinen direkten oder indirekten #Bruch der #Schuldenbremse geben, egal was Frau Lang fordert." 👍

Na hoffentlich bleibt es dabei. Denn das z.B. riesige #Sondervermögen für die #Bundeswehr und die #Zweckentfremdung der #Corona-Kredite für den #Klima- und #Transformationsfonds waren ja auch nichts anderes als eine Umgehung der Schuldenbremse. 🤔

### Post vom 17.08.23:

Die deutsche [#Wirtschaft](#) befindet sich in der [#Rezession](#), die [#Arbeitslosigkeit](#) steigt und die Bevölkerung wird real ärmer. Mit dem [#Wachstumschancengesetz](#) von [#Bundesfinanzminister #Lindner](#) sollte es [#steuerliche #Entlastungen](#) für die Wirtschaft geben, damit es wieder aufwärts geht - aber es wurde überraschend von [#Bundesfamilienministerin #Paus](#) blockiert. Damit revanchiert sich die [#Grüne](#) bei der [#FDP](#) dafür, dass ihre [#Kindergrundsicherung](#) nicht mehr Geld bekommt. Nun schäumen beide kleinen Koalitionspartner und sprechen etwa von Erpressung. Dafür beschloss das [#Ampel-Kabinett](#) das Gesetz zur [#Legalisierung](#) von [#Cannabis](#).

Tja, mit der Ampel bleibt [#Wirtschaftswachstum](#) wohl weiter [#chancenlos](#). Aber dafür können sich die Bürger in der [#Krise](#) einen [#Joint](#) drehen und dem rot-grün-gelben [#Theater](#) bekifft beim Streiten zusehen. Das nennt man wohl klare politische Prioritätensetzung. 🤔🤔

### Post vom 16.08.23

Laut einer [#Umfrage](#) des [#Beamtenbundes](#) [#verlieren](#) immer mehr [#Bürger](#) das [#Vertrauen](#) in den deutschen [#Staat](#). So gehen nur noch 27 % davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen – das ist ein neuer Tiefpunkt. Dass der Staat überfordert sei, meint dagegen eine deutliche Mehrheit von 69 %. Vor allem in der [#Asyl-](#) und [#Flüchtlingspolitik](#), der [#Bildungspolitik](#) sowie der [#Klima-](#) und [#Umweltpolitik](#) kommt der Staat laut der Umfrage seinen Pflichten nicht nach. 🤔

Wie wird die [#Ampel-#Koalition](#) auf diesen großen [#Vertrauensverlust](#) reagieren? Mehr [#Schaufensterreden](#), Hochglanz-Fotos, Jubel-PMs und [#höhere #Steuern](#) wie [#Abgaben](#) für den vermeintlich guten Zweck? 🤔

### 15.08.23

[#Außenministerin #Baerbock](#) muss ihre [#Indo-#Pazifik-#Reise](#) nach dem wiederholten Ausfall des Flugzeugs der [#Flugbereitschaft](#) der [#Luftwaffe](#) absagen. Und das nachdem bei einem zweistündigen Manöver rund 80 t [#Kerosin](#) aus dem vollgetankten Flieger [#abgelassen](#) wurden, bevor es wieder in [#Abu #Dhabi](#) landen konnte. Die gestrandete Außenministerin kehrt nach [#Berlin](#) zurück – per [#Linienflug](#). 🤔

Irgendwie skurril und fast schon typisch deutsch: Die Luftwaffen-Maschine ist nicht einsatzfähig und [#Grüne](#), die [#Umweltschutz](#) predigen und die [#Steuerzahler](#) dafür verstärkt zur Kasse bitten, verschmutzen selbst die Umwelt mit ihren Dienstreisen auf Steuerzahlers Kosten. 🤔

### Post vom 10.08.23:

Die [#Bundesregierung](#) hat Details des [#Klima-](#) und [#Transformationsfonds](#) beschlossen. Im Jahr 2024 steigt die [#CO2-#Abgabe](#) deutlich - was das [#Tanken](#) und [#Heizen](#) mit [#fossiler #Energie](#) weiter verteuert. Statt der bisherigen 30 €/t sollen es 40 €/t werden. Die Gesamteinnahmen sollen um gut 2,3 Mrd. € auf fast 11 Mrd. € ansteigen. Dieses

Geld soll aber weiterhin nicht – wie von der Ampel versprochen – als [#Klimageld](#) an die Bürger zurückfließen, sondern in den Fonds gehen und neue Programme finanzieren.

Wow – [#Deutschland](#) befindet sich als einzige große [#Volkswirtschaft](#) der Welt in einer [#Rezession](#) und die [#Ampel-#Koalition](#) will die Abgaben weiter erhöhen, als wäre nichts geschehen. Kann es sein, dass der Grund für den wirtschaftlichen Abstieg des Landes in Berlin sitzt? 😞

#### **Post vom 24.07.23:**

Laut Presse wollen fünf [#Bundesländer](#) - [#Brandenburg](#), [#Hessen](#), [#Niedersachsen](#), [#NRW](#) und [#Schleswig-#Holstein](#) - transparent angeben, welche [#Grundsteuer-#Hebesätze](#) die jeweilige [#Kommune](#) erheben müsste, um für [#Aufkommensneutralität](#) zu sorgen. [#Rheinland-#Pfalz](#) gehört freilich nicht dazu. 😞

Kein Wunder, denn unsere [#Ampel-#Koalition](#) ist viel zu beschäftigt damit, die Städte und Gemeinden landesweit zu höheren Hebesätzen zu nötigen. Aufkommensneutralität hatte unsere Ampel vollmundig versprochen, doch stattdessen wird ein tieferer Griff in die Brieftaschen der Bürger geliefert. Das ist das absolute Gegenteil von glaubwürdiger Politik. 😞

## Pressemitteilungen und Statements

### **PM BdSt RLP 3.07.23: Steuererhöhungs-Tsunami in Rheinland-Pfalz**

[...] „Dieser geradezu historische Steuererhöhungs-Tsunami hat einen klaren Urheber – die Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz. Mit der deutlichen Erhöhung der Nivellierungssätze wurden die Kommunen in Zugzwang gebracht, ihre Hebesätze dahingehend anzupassen, wenn sie keine finanziellen Nachteile erleiden wollen. Genau davor haben wir schon in Vergangenheit gewarnt – und nun ist es eingetreten. Besonders drastisch fiel das bei der Grundsteuer B ins Gewicht. Ebenso drängt das Land über die Kommunalaufsicht ADD deutlich zu Steuererhöhungen, auch über die neuen Nivellierungssätze hinaus. Selbst für 2024 stehen schon weitere Rekorderhöhungen fest wie in Kaiserslautern“, kritisiert René Quante, Geschäftsführer des BdSt Rheinland-Pfalz. „Extrem bitter ist das vor dem Hintergrund der Grundsteuerreform. Ohne Not hat sich die Ampel-Landesregierung für das hochbürokratische Scholz-Modell entschieden, welches schon systembedingte Steuererhöhungen bereithält. Wie genau sie Aufkommensneutralität definiert und gewährleisten will, hat die Landesregierung nie konkret erklärt. Und nun ist auch klar warum – denn statt Aufkommensneutralität standen Steuererhöhungen auf breiter Front auf der politischen Agenda. Mit diesem kaltschnäuzigen Wortbruch zulasten der Bürger wird nichts Anderes als Politikverdrossenheit geschürt.“

### **SWR Aktuell\_RLP 21.3.23: Neue Verordnung beschlossen: Anwohnerparken in RLP darf teurer werden**

[...] Steuerzahlerbund spricht von "Bürokratiemonster"

Bereits im Vorfeld des Beschlusses gab es Kritik. Der Bund der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz spricht von einem "Bürokratiemonster". Der ADAC geht davon aus, dass

eine Preisdifferenzierung nach der Fahrzeuggröße rechtlich schwierig sein dürfte. Die Handwerkskammer Rheinhessen befürchtet Nachteile für Handwerkerfahrzeuge.

### **SZ 2.2.22: Milliarden-Überschuss bei Landesfinanzen im vergangenen Jahr**

[...] Auch der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz kritisierte die Zuführung zu den Rücklagen. Stattdessen sollte das Land auf die im Haushalt 2022 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 894,1 Millionen Euro verzichten. Hingegen begrüßten die Regierungsfractionen von SPD und Grünen im Landtag die Entscheidung zur Verwendung des Haushaltsüberschusses.

### **AK Kurier 18.12.20: Ausbaubeiträge abschaffen? Steuerzahlerbund macht Druck auf Landesregierung**

Der bundesweite Wegfall der Straßenausbaubeiträge setzt sich fort. Die Verbände-Allianz aus Steuerzahlerbund, „Haus & Grund“ und dem Verband Wohneigentum begrüßt das und fordert die Parteien in Rheinland-Pfalz auf, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Kommunen empfiehlt sie, bis zur Landtagswahl im Frühling auf eine Systemumstellung bei der Erhebung von Ausbaubeiträgen zu warten.

[...] Diese Entscheidung nimmt der Steuerzahler Rheinland-Pfalz zum Anlass, Druck auf die Landesregierung auszuüben, dem Beispiel aus Ostdeutschland zu folgen. Denn, so heißt es in einer Pressemeldung: Es könne nicht sein, dass Rheinland-Pfalz mittlerweile das einzige Bundesland ist, das seine Kommunen dazu zwingt, Ausbaubeiträge ohne jeden Abstrich zu erheben. Die Kommunen sollten die Landtagswahl 2021 abwarten und bis dahin die Systemumstellung hin zu wiederkehrenden Beiträgen aussetzen.

### **Pfälzischer Merkur 31.07.20: Steuerzahlerbund fordert Einkreisung Zweibrückens**

[...] Als weiteren Grund für die kommunale Schuldenentwicklung nennt Quante die „extrem kleinteilige Kommunalstruktur mit ineffizienten Strukturen“ in Rheinland-Pfalz. Der Steuerzahlerbund fordert eine umfangreiche Gebietsreform. So schlägt Quante vor, etwa dass kleine, überschuldete kreisfreie Städte wie Pirmasens und Zweibrücken einem Landkreis zugewiesen werden. Quante: „Gutachten und Vorschläge sind längst erstellt und liegen vor. Doch wer sie als Staubfänger für Amtsstuben nutzt, hilft den Kommunen nicht weiter.“

## Gemeinnützigkeit, Zweck und Maßnahmen in der Satzung<sup>1</sup>

### „§ 2 Zweck und Aufgaben des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens. Er unterrichtet die Allgemeinheit über die finanzpolitischen Zusammenhänge im Sinne staatspolitischer Aufklärung und macht Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens, um das Vertrauen in das Gemeinwesen zu stärken. Die Allgemeinheit soll über die finanzwirtschaftlichen Grenzen der Leistungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates und der individuellen Belastung der Bürger hinreichend unterrichtet werden. Damit soll insbesondere auch bei der Jugend Verständnis für die Grundsätze der gerechten Besteuerung und die Erfordernisse einer nachhaltigen Finanzwirtschaft geweckt werden, um die Akzeptanz des Staates zu stärken.

---

<sup>1</sup> Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz e.V.: Satzung des Vereins Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz e.V., 2016, <https://www.steuerzahler-rheinland-pfalz.de/ueber-uns/satzung/>

Der Verein verfolgt dabei zur Wahrnehmung der Belange aller Steuer- und Abgabenzahler sowie der des allgemeinen Wohls folgende Ziele:

1. Bei der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel müssen die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet werden.
2. Die Steuer- und Abgabenlast muss auf das Notwendige begrenzt und gerecht verteilt werden.
3. Die Rechtsstaatlichkeit im Abgabenrecht muss gewährleistet sein.
4. Das Steuerrecht muss einfach, übersichtlich und für die Steuerzahler verständlich sein.
5. Gesetzgeber und Verwaltung müssen auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler gebührend Rücksicht nehmen. Der Leistungswille darf nicht beeinträchtigt werden.
6. Die öffentliche Finanzwirtschaft muss in den Rahmen der Gesamtwirtschaft eingefügt und am Ordnungssystem einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft ausgerichtet werden.
7. Eine Staatsverschuldung ist grundsätzlich zu vermeiden.
8. Die notwendige Daseinsvorsorge für die Bürger muss zu angemessenen Kosten gestaltet sein.

2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

1. Erstellung und Veröffentlichung von Gutachten, Stellungnahmen, Eingaben und Presseinformationen,
2. Verhandlungen und Gespräche mit Mandatsträgern, Parteien, Journalisten sowie Vertretern von Behörden und Verbänden,
3. Mitwirkung bei öffentlichen Anhörungen,
4. Mitarbeit in öffentlichen Kommissionen,
5. Verbreitung von Informationen,
6. Teilnahme an Rundfunk- und Fernsehsendungen,
7. Führen von Verfahren zur Klärung von Rechtsfragen,
8. Durchführung von Informationsveranstaltungen.

3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen. Die Mitglieder haben bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Ansprüche auf sein Vermögen.“